

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pabr d

Inhalt

43. Jahrgang / 50

14. März 1988

Hermann Heinemann MdL
zur Umsetzung von AfA-
Beschlüssen: Die politische
Betriebsarbeit stärken.

Seite 1

Georg Scheuer erinnert an
den 11. März 1938 und
die Folgen: Österreichs
Auslieferung. (Teil II und
Schluß)

Seite 3

Dokumentation
Professor Horst Ehmke
hielt in Bonn die Ein-
führung in ein Seminar,
das sich mit der „Dialek-
tik von Entspannung und
individuellen wie kollek-
tiven Menschenrechten in
der zweiten Phase der Ent-
spannungspolitik“ befaßte.
Auszüge

Seite 5

Die politische Betriebsarbeit stärken

Das Engagement der AfA muß ein Anliegen der Gesamtpartei
sein

Von Hermann Heinemann MdL
SPD-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die AfA hat auf den Bundesparteitagen München 1982 und Nürnberg 1986 zur Besinnung auf die politische Betriebsarbeit und die Rolle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Politik aufgerufen. Die Beschlüsse der Bundesparteitage hatten an die Partei den konkreten Auftrag zum Inhalt, die politische Betriebsarbeit stärker in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu rücken und sie gleichgewichtig gegenüber der politischen Vertrauensarbeit in den anderen Bereichen der Partei zu behandeln.

Dieses berechnete Anliegen kann nicht nur ein Anliegen der AfA sein, es muß ein Anliegen der Gesamtpartei sein, denn Betriebsarbeit ist Parteiarbeit. Die historischen Erfahrungen zeigen: die SPD ist politisch stark und mehrheitsfähig, wenn sie das Vertrauen der breiten Schichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besitzt.

Der Bezirksvorstand westliches Westfalen unterstützt die Forderungen der AfA, die Parteitagsbeschlüsse von München und Nürnberg sowie die neuen Richtlinien der AfA in der gesamten Partei umzusetzen.

Für die praktische Arbeit haben der Bezirksvorstand Westliches Westfalen mit dem AfA-Bezirksvorstand „Richtlinien zur Durchführung von Betriebsgruppenkonferenzen in allen Unterbezirken“ beschlossen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhof 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Darüber hinaus werden in unserem Bezirk im Rahmen der Kampagne „Wir machen die SPD stark“ bis zu den Sommerferien mit allen 20 Unterbezirken Organisationskonferenzen zum Ausbau der politischen Betriebsarbeit durchgeführt, bei denen folgende Fragen erörtert werden:

- Organisatorische und strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten der politischen Betriebsarbeit in allen Regionen des Bezirks,
- Verknüpfung der Aktivitäten im Arbeitnehmerbereich mit den politischen Zielsetzungen der Bezirksarbeit,
- Durchführung von Betriebsgruppenkonferenzen in den Unterbezirken,
- Umsetzung der neuen Richtlinien des Parteivorstandes für die AfA als Betriebsorganisation der SPD.

Das Ziel dieser Kampagne ist es, die politische Betriebsarbeit zu intensivieren und in mehr Betrieben durchzusetzen, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der politischen Willensbildung der Partei zu verstärken und einen ständigen Dialog zwischen Politik und Arbeitswelt zu organisieren.

Der Bezirksvorstand hat alle Parteiliederungen im Bezirk Westliches Westfalen aufgerufen, den Ausbau einer zeitgemäßen Arbeitnehmerorganisation tatkräftig zu unterstützen.

(-/14.3.1988/rs/ks)

* * *

Österreichs Auslieferung (Teil II und Schluß)

Erinnerungen an den 11. März 1938 und die Folgen

Von Georg Scheuer *

Schuschnigg hatte in diesem Abkommen den Vorrang Deutschlands anerkannt und Österreich vertraglich zum „zweiten deutschen Staat“ degradiert; ein Konzept, das seit den 20er Jahren im konservativen Lager Österreichs, insbesondere von dessen geistigem Oberhaupt Ignaz Selpel festgeschrieben war, nach der Beseitigung der Ersten Republik (1934) durch Dollfuß ausdrücklich fortgesetzt und nun durch Schuschnigg im Zeichen einer Verschiebung des außenpolitischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa durch das Juliabkommen 1936 mit Hitler verankert wurde.

Bei gleicher Gelegenheit wurde Ernst Rüdiger Starhemberg als Vizekanzler des austrofaschistischen Regimes und Chef der VF verabschiedet; als ausdrücklicher Gefolgsmann Mussolinis war er für den neuen Kurs untragbar geworden. Die Ausbootung Starhembergs war jedoch keineswegs ein Schritt zu etwaiger „Entfaschisierung“, sondern im Gegenteil eine Maßnahme zur Straffung des Regimes; Bundeskanzler Schuschnigg wurde nun zusätzlich Chef der Staatspartei „Vaterländische Front“ (VF) mit dem Titel eines „Frontführers“ und konzentrierte somit in seiner Hand alle außen- und innenpolitischen, polizeilichen, militärischen und paramilitärischen Befugnisse. Er konnte daher, nachdem schon vorher, seit 1933/34, jede Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle in Österreich ausgeschaltet, Versammlungs-, Rede- und insbesondere die Pressefreiheit beseitigt waren, die letzten Etappen der Kapitulation des Austrofaschismus vom Kniefall in Berchtesgaden am 12. Februar 1938 bis zur Abdankung vier Wochen später, am 11. März, nahezu reibungslos absolvieren.

Von jenem historischen Gespräch in Berchtesgaden haben wir nur ein von Schuschnigg notiertes Gedächtnisprotokoll; es ist wahrscheinlich nicht vollständig, gibt aber dennoch einigen Aufschluß. Die „beiden Kanzler“ sprachen hauptsächlich über Sinn und Bedeutung der sogenannten „deutschen Sache“, nämlich der historischen und damals aktuellen imperialistischen Zielsetzungen. Bezeichnend war dabei Hitlers Vorschlag, Schuschnigg habe für den Fall einer sofortigen und bedingungslosen Kapitulation entsprechenden Platz in der Führung des Dritten Reiches: „Wir haben einen Göring, einen Heiß, einen Frick, einen Epp und zahllose andere. Ich gebe Ihnen die einmalige Gelegenheit, Herr Schuschnigg, daß Sie auch Ihren Namen in die Reihen der großen Deutschen einfügen können. Das wäre eine verdienstliche Tat, und alles könnte sich regeln.“

Schuschnigg reagierte darauf mit perplexem Schweigen. Nach seiner Rückkehr von Berchtesgaden konzentrierte er nach eigener Aussage seine Kräfte auf Täuschung der Öffentlichkeit in Österreich und im Ausland, Täuschung auch der eigenen Anhänger und des engeren Umkreises, um jeden Ansatz zu Alarmierung oder Mobilmachung von vornherein zu verhindern: „...Markierung beruhigten Optimismus nach außen, das Vermeiden jeder Panikstimmung, das unermüdliche Beiseiteräumen der Funkengefahr aus der Nähe des verschiedentlich vorhandenen, bedrohlich anwachsenden Pulvers; - die Presse! - das nervös gewordene Ausland! - die Arbeiterschaft der Betriebe! - und nicht zuletzt die unentwegten, treuen, eigenen Freunde!“ Die vier Wochen bis zum 11. März verbrachte er mit systematischem Abbau aller Widerstandsmöglichkeiten, die sich noch boten. Unmittelbar vor Tor-schluß setzte er mit der plötzlichen Ankündigung einer alsbald wieder abgeblasenen „Volksbefragung“ eine Art Fehlleistung, mit welcher der in Berchtesgaden eingeleitete Prozeß noch beschleunigt wurde.

Die vorübergehende Lockerung der Schrauben des austrofaschistischen Regimes führte Anfang März 1938 zur „Gefahr“ einer langsamen oder brüskten Wiederherstellung demokratischer Zustände, einer Wiederbelebung der Arbeiterbewegung. Schuschnigg hatte nach seiner Unterredung mit Hitler zunächst die Schleusen für eine schrittweise NS-Durchdringung des austrofaschistischen „Ständestaates“ geöffnet. Die zumelst indirekten und verspäteten Kontakte Schuschniggs mit sozialdemokratischen Vertrauensleuten waren somit Ende Februar und Anfang März 1938 von vornherein zur Ergebnislosigkeit verurteilt.

Erst acht Tage nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden, am 20. und dann 24. Februar 1938, war es zu ersten Vorgesprächen von „Wiener Arbeitervertretern“ bei dem „vaterländischen“ Wiener Bürgermeister Richard Schmitz und anderen Funktionären der VF gekommen. Am 1. März gab es eine

43. Jahrgang / 50 / 14. März 1988

Aussprache zwischen dem SAG-Chef Johann Staud und „Freigewerkschaftern“ und erst am 3. März eine „Vorsprache der Vertrauensmänner bei Schuschnigg“. Am 4. März wurde ein sogenanntes „einheitliches Verhandlungskomitee“ gebildet, am 7. März erfolgte die Floridsdorfer „Vertrauensmännerkonferenz“ und dann kam es bis zum 11. März zu diversen „Verhandlungen“ mit VF-Führern. Aus allen vorliegenden Dokumenten entnimmt man ein höchst zaghaftes Vorgehen der Vertrauensleute und andererseits die feste Entschlossenheit Schuschniggs, den Arbeitervertretern keinerlei Konzessionen zu machen. Der austrofaschistische Kanzler war, wie auch aus den verschiedenen Fassungen seiner Erinnerungen und Bekenntnisse ersichtlich ist, von vornherein darauf festgelegt, den Nationalsozialisten auf dem Weg zur legalen Wiederbetätigung den Vorrang zu geben und den sozialdemokratischen Vertrauensleuten keine wirksamen Zugeständnisse zu machen. Er hielt die aus Großbetrieben gekommenen Delegierten hin und täuschte Verhandlungsbereitschaft vor. In Scheingesprächen mit den Vertrauensleuten ließ er sich nur ein, um etwas Zeit zu gewinnen und hauptsächlich mit der Absicht, in der für den 12. März anberaumten „Volksbefragung“, über die austrofaschistische Gefolgschaft hinaus einerseits nationalsozialistische Stimmen (für ein „deutsches“ Österreich) und andererseits im sozialdemokratischen Wählervolk (für ein „soziales“ Österreich) eine entsprechende Mehrheit zur Stärkung seines autoritären Regimes zu erreichen; ein trügerisches Projekt, das er auf Hitlers ultimative Forderung schließlich ebenso kurzfristig fallenließ, wie er es vorher angesetzt hatte.

Die beiden entscheidenden Akteure des „Anschlusses“ Österreichs an das Dritte Reich waren somit, wenn auch mit ungleichem Gewicht, vor allem und in erster Linie die damaligen Regierungschefs der beiden Länder, die zwei Diktatoren in Berlin und Wien: der deutsche Reichskanzler und „Führer“ Adolf Hitler und der österreichische Bundeskanzler und „Frontführer“ Kurt Schuschnigg. Sie hatten im Juli-Abkommen 1936 die Weichen gestellt, am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden weitere Vorbereitungen getroffen und im darauffolgenden vierwöchigen politischen Psychodrama den Schlußpunkt gesetzt.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß Österreich damals vor der von Schuschnigg angeordneten Öffnung der Grenzen keineswegs von einheimischen Nazis „überrannt“ wurde; dazu war die aus der Illegalität auftauchende vorerst noch halblegale NSDAP Österreichs nicht imstande, wenngleich sie durch den neuen „betont nationalen“ Innenminister Seyß-Inquart zu lautstarken Demos und stellenweisen Hausbesetzungen ermuntert wurde; die Staatspolizei wurde von oben angewiesen, gegen Nazi-Umtriebe nicht mehr durchzugreifen. Das österreichische Bundesheer hingegen war noch intakt und abwehrbereit und gehorchte ausschließlich seinem obersten Befehlshaber Schuschnigg. Die österreichische Arbeiterbewegung begann sich wieder zu regen. Hitler wußte das alles und drängte daher zu einer Absage der Volksbefreiung, zum „freiwilligen“ Rückzug des österreichischen Bundesheeres von den Grenzen und zum „freiwilligen“ Rücktritt Schuschniggs, um die Invasion ohne Risiko bewerkstelligen zu können. Schuschnigg gehorchte vollinhaltlich.

Die bedingungslose Übergabe Österreichs durch die rechtskonservativen Machthaber an die Hitlerdiktatur war die Konsequenz einer komplexen Kette von Ursachen und Umständen, wobei wirtschaftliche, geopolitische und militärstrategische Überlegungen in der Gemeinsamkeit der hauptsächlichsten Klassen- und Kasteninteressen ausschlaggebend waren; die geistige Verwandtschaft der beiden faschistischen Spielarten und die gemeinsame Frontstellung gegen „westliche Demokratie“ und „Marxismus“ gaben den letzten Ausschlag und wurden im entscheidenden Moment über zwelt-rangige politische Differenzen und persönliche Rivalitäten gestellt. Nach der Zerstörung der Ersten Republik und der Abschaffung aller demokratischen Freiheitsrechte 1933/34 führte die im Juli 1936 zwischen Berlin, Rom und Wien von den faschistischen Diktatoren Hitler, Mussolini und Schuschnigg beschlossene Weichenstellung schrittweise zum 11. März 1938; ein vom Austrofaschismus niedergeschlagenes, gefesselt und geknechtetes Volk konnte widerstandslos dem Hitlerfaschismus ausgeliefert werden und noch obendrein den Wechsel von einer zur anderen Diktatur kurzfristig als Befreiungssillusion erleben, ehe es in den Zweiten Weltkrieg geschleudert wurde.

(-/14.3.1988/rs/ks)

* * *

* Der österreichische Journalist und Publizist Georg Scheuer lebt heute in Paris. Er arbeitet für deutschsprachige Zeitungen.

DOKUMENTATION

Horst Ehmke: Die innere und die äußere Dimension der Entspannung

Professor Horst Ehmke, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, hielt am Samstag in Bonn die Einführung in ein Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, das sich mit der „Dialektik von Entspannung und individuellen wie kollektiven Menschenrechten in der zweiten Phase der Entspannungspolitik“ befaßte. Wir dokumentieren Auszüge.

Nach unserer Meinung hat also die erste Phase der Entspannungspolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in einer zweiten Phase auch die gesellschaftlichen Kräfte in den Entspannungsdialo g einbezogen werden können. Ich habe daher schon 1979 in dem von Jürgen Habermas herausgegebenen Band 1000 der Edition Suhrkamp geschrieben: so wie die äußere Dimension der Entspannungspolitik Frieden heißt, so heißt ihre innere Dimension Reform.

Die Frage von gesellschaftspolitischen Reformen in Europa, in Ost und West, steht im Spannungsfeld der Auseinandersetzung der beiden Ideologien und Gesellschaftssysteme. Dabei ist zu beachten, daß die Änderungen im sicherheitspolitischen Bereich die ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede zwar nicht aufheben, aber auch nicht unberührt lassen. Weder Ost noch West können sich heute zum Beispiel eine Lehre vom gerechten Krieg leisten. Diese notwendige Rückwirkung aus dem sicherheitspolitischen in den ideologischen Bereich gilt es bewußt zu machen, damit die beginnende ideologische und gesellschaftliche Diskussion zwischen den beiden Systemen nicht von Dogmatikern als ideologischer Verrat stigmatisiert werden kann.

Hinsichtlich der Diskussion von Regierungen und Parteien mit gesellschaftlichen Gruppen, zum Beispiel Friedens- und Umweltgruppen, ist zu beachten, daß der Friedenssicherung nach wie vor Priorität gebührt, das heißt, daß wir diese Diskussion so führen müssen, daß es nicht zu Rückschlägen im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung kommt. Wer diese Diskussion im Westen mit der Zielrichtung führt, unser Gesellschaftssystem auf Osteuropa „auszudehnen“ oder zum Beispiel die DDR der Bundesrepublik gesellschaftlich „anzugliedern“, der handelt so wenig realistisch wie diejenigen konservativen Kräfte, die im Kalten Krieg mit dem Gedanken einer militärischen Befreiung „besetzter Gebiete“ gespielt haben.

In diesem Bereich besteht zwischen einer Partei wie der SPD, die die Ergebnisse ihrer Entspannungspolitik und nicht nur ihren guten Willen zu verantworten hat, und den Wünschen großer Teile der Gesellschaften in den osteuropäischen Ländern eine nicht aufhebbare Spannung. Das hat sich vor 20 Jahren im „Prager Frühling“ genauso gezeigt, wie zwölf Jahre später in der Entwicklung in Polen.

Wenn es insoweit auch zwischen uns Meinungsverschiedenheiten gibt, sollten wir doch versuchen, unsere unterschiedlichen Positionen besser zu verstehen. Ich persönlich habe darin ein gewisses Training, da ich mit einer Tschechin verheiratet bin, die als junge Studentin auf der Seite Dubceks gestanden hat und dann ihre Heimat verlassen mußte. Und ich sage auch hier noch einmal: Von der Solidarnosc trennt uns sicher nicht das Eintreten für freie Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer. Von ihr - oder richtiger von Teilen von ihr - hat uns 1980 die Einsicht getrennt, daß Polen damals nicht vor der Alternative Jaruzelski oder Walesa stand, sondern vor der Alternative Jaruzelski oder die Sowjets.

Das Problem stellt sich übrigens nicht nur in solchen dramatischen Situationen. Es stellt sich zum Beispiel auch in der Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Kooperation. Sollen wir wirtschaftlich helfen, obwohl das natürlich auch die kommunistischen Regime stabilisiert, oder sollen wir das sein lassen auf Kosten der osteuropäischen Völker? Ich bin der Meinung, wir sollten es nicht sein lassen und wäre froh, wenn wir auf diesem Gebiet endlich wieder mehr täten.

Auch die Regierungen in Osteuropa haben begriffen, daß in der zweiten Phase der Entspannungspolitik der Dialog der Ideologien neben die Politik der gemeinsamen Sicherheit treten muß. Dies kommt am deutlichsten in dem von der SPD und der SED erarbeiteten Papler „Die gemeinsame Sicherheit und der Streit der Ideologien“ zum Ausdruck. Die Ereignisse in der DDR seit dem 17. Januar, der großen Kundgebung zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben zugleich gezeigt, wie schwer es dem SED-Regime fällt, sich an das in diesem Papier Vereinbarte zu halten. In dem Papler heißt es, daß beide Gesellschaftssysteme sich nicht nur Friedensfähigkeit, sondern auch Reformfähigkeit zugestehen und daß eine Diskussion über die Vorteile und Nachteile des einen wie des anderen Systems nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der beiden Gesellschaftssysteme möglich sein muß.

Mit dieser Verabredung, die eine Notwendigkeit ausdrückt, ist es unvereinbar, wenn Angehörige kritischer Gruppen in der DDR eingesperrt oder des Landes verwiesen werden. Mit dieser Verabredung ist es unvereinbar, daß Bundestagsabgeordneten die Einreise in die DDR verwehrt wird. Mit dieser Verabredung ist es unvereinbar, daß die DDR-Führung versucht, der SPD vorzuschreiben, den Dialog über Entspannung und das gemeinsame Europäische Haus nur mit solchen Kräften in der DDR zu führen, die der SED-Führung genehm sind. Das von Michail Gorbatschow beschworene Europäische Haus kann nicht dadurch errichtet werden, daß die einen das Haus bauen und die anderen Mauern in die Flure und Treppenhäuser.

Ich bedaure daher auch außerordentlich, daß einige der von der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladenen Personen wie zum Beispiel Herr Hajek aus der CSSR oder Herr Geremek aus Polen hier nicht teilnehmen können, weil sie wieder einmal keine Ausreisegenehmigung erhalten haben. Ich bin überzeugt, ihre Teilnahme an einem Dialog, wie wir ihn hier führen wollen, würde der Entspannung zugute kommen.

Die Tatsache, daß die Sowjetunion auf diesem Seminar gar nicht vertreten ist, bin ich geneigt, eher der Überbeanspruchung durch die Politik der Perestroika und der nahenden Allunions-Konferenz als einer negativen Grundhaltung zuzuschreiben. Schließlich haben erst vor kurzem die internationalen Helsinki-Gruppen die Sowjetunion besucht und dabei auch mit sowjetischen Friedensgruppen sprechen können.

Unsere Verurteilung der repressiven Praktiken, die in den Vorgängen in der DDR wie in dem Ausschluß bestimmter Personen von unserem Seminar zum Ausdruck kommen, heißt nicht, daß wir „linkages“ zwischen Friedenssicherung und Reformdialog knüpfen wollen. Da die Entspannungspolitik neben der Friedenssicherung aber - wie die Helsinki-Schlußakte und der KSZE-Prozess zeigen - nicht nur den Bereich der Sicherheitspolitik, sondern auch den der wirtschaftlichen und technischen Kooperation, den der Information und den der Menschenrechte umfaßt, ist offensichtlich, daß wirtschaftliche, technische, ökologische Zusammenarbeit zwischen Ost und West - und zwar gerade auch aus der Sicht der osteuropäischen Staaten selbst - von der Frage der gesellschaftlichen Reformen nicht zu trennen ist. Das zeigt auch die Entwicklung und die Reformdiskussion in diesen Ländern.

Mit dem Bindestrich-Dogmatismus des sogenannten Marxismus-Leninismus sind unseres Erachtens die gesellschaftlichen Probleme der osteuropäischen Länder - und zwar ganz unabhängig von der Existenz des westlichen Gesellschaftssystems, mit dem sie konkurrieren müssen - nicht zu lösen. Der Wettbewerb mit dem westlichen Gesellschaftssystem spitzt das Problem nur zu. In diesem Zusammenhang sage ich noch einmal, daß ich unter Reformdialog als Teil des Entspannungsprozesses nicht die „gesellschaftspolitische Eingemeindung“ Osteuropas in das westliche Gesellschaftssystem verstehe.

(-/14.3.1988/rs/ks)

* * *